

POLITIK

AUSLAND

SÜDAFRIKA
Nelson Mandela ins Krankenhaus eingeliefert

Nelson Mandela ist zu Routineuntersuchungen in ein Krankenhaus in Pretoria eingeliefert worden. Dem 94-Jährigen gehe es gut, es gebe „keinen Grund zur Sorge“, teilte das Büro von Präsident Jacob Zuma am Wochenende mit. Zuma besuchte am Sonntag den ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas im Krankenhaus. Die „Sunday Times“ berichtete, es habe schon seit einigen Tagen Hinweise auf gesundheitliche Probleme Mandelas gegeben. Mandela lebt wegen seines angegriffenen Gesundheitszustands seit Jahren zurückgezogen in seinem Heimatort Qunu im Südosten des Landes.

NAHOST
Hamas bekräftigt Kampf gegen Israel

Die radikale palästinensische Organisation Hamas hält an ihrer Ablehnung des Staates Israel fest. „Wir geben keinen Zoll von Palästina auf. Es wird islamisch und arabisch bleiben“, sagte Hamas-Führer Chaled Maschaal vor Zehntausenden Anhängern auf einer Kundgebung zum 25. Gründungstag der militanten Organisation in Gaza. „Der Heilige Krieg und bewaffneter Widerstand sind der einzige Weg. Wir können Israels Legitimität nicht anerkennen.“ Es war Maschaals erster Besuch im Gazastreifen, er reiste über Ägypten ein. Der 56-Jährige hatte als Kind das Westjordanland verlassen und führt die Hamas derzeit von Katar aus.

PAKISTAN
Präsident besucht angeschossene 15-Jährige

Der pakistanische Präsident Asif Ali Zardari hat Malala Yousafzai, die wegen ihres Einsatzes für Schulbildung Opfer der Taliban wurde, im Krankenhaus in England besucht. Zardari habe sich bei den Ärzten über den Gesundheitszustand der 15-Jährigen erkundigt und mit deren Familie gesprochen, teilte das Krankenhaus in Birmingham mit. Seine Tochter Asifa Bhutto begleitete ihn bei dem Besuch. Zardari habe Malala ein „außerordentliches Mädchen und eine Ehre für Pakistan“ genannt. Am 9. Oktober hatten Taliban-Kämpfer der Aktivistin gezielt in den Kopf geschossen.

DAS PORTRÄT



Hugo Chávez und sein Busfahrer

Nicolás Maduros Karriere ist beachtlich. Oft hat die bürgerliche Opposition in Venezuela gelästert über den fehlenden Unversitätsabschluss des 1,90-Meter-Mannes, seine rüde Sprache, die legeren Klamotten. Doch Maduro hat andere Qualitäten bewiesen: eine ungezwungene Art, politische Durchsetzungsfähigkeit und vor allem Loyalität. In den vergangenen einhalb Jahren war der 50-Jährige in den wichtigen Momenten stets an der Seite von Hugo Chávez. Der Präsident, der sich erneut einer Krebsbehandlung unterziehen muss, hat mit Maduro nun erstmals laut über einen Nachfolger nachgedacht. Beide kennen sich seit Chávez' gescheitertem Putsch 1992. Maduro war damals Busfahrer, sozialistisch-maoistischer Gewerkschaftsführer, Hobby-Baseballspieler, sowie ab und zu Bodyguard für Gesinnungsgenossen. Im Kielwasser der chavistischen Revolution wurde Maduro ins Parlament gewählt und avancierte 2005 zum Parlamentspräsidenten. Ein Jahr später machte ihn Chávez zum Außenminister, er tauschte Jeans und Lederjacke gegen Anzüge. Doch seine Sprüche blieben undiplomatisch. So bezeichnete er den US-Staatssekretär John Negroponte einmal als „zweitrangigen Beamten mit Vorstrafenregister“ – seinem Mentor gefiel es. Sechs Jahre behielt ihn Chávez, der sonst gern die Minister rotiert. Erst im Oktober nach seiner Wiederwahl und offenbar schon die neuerliche Diagnose ahnend, machte er Maduro zum Vizepräsidenten, dem verfassungsmäßig die Nachfolge zusteht. Maduros Position wird durch seine Frau gestärkt, seit Kurzem Generalstaatsanwältin. Eine wichtige Rolle dürfte auch gespielt haben, dass Maduro einen guten Draht zu Raúl und Fidel Castro hat. *Sandra Weiss*

Mario Montis

Weihnachtsbotschaft

Italiens Premier bietet seinen Rücktritt an und reagiert damit auf die angekündigte Kandidatur Berlusconi.
Resignation oder clevere Taktik des Technokraten?



Ministerpräsident Mario Monti (parteilos)
DAP/RICCARDO DE LUCA

■ Beobachter vermuten, dass Übergangspremier Monti selbst kandidieren will

CAROLINE REUSCHER
ROM

Der italienische Regierungschef Mario Monti hat seinen Rücktritt angekündigt. Diese Entscheidung platzte wie ein Schock in den Abend des 8. Dezember, in Italien Immacolata-Feiertag, an dem das halbe Land unter einer Schneedecke versank und die Italiener nach alter Tradition ihren Weihnachtsbaum aufstellten und Kekse backten. Aber im Zeitalter der Smartphones blieb niemandem die Hiobsbotschaft erspart. Kurz zuvor hatte Monti den italienischen Staatspräsidenten aufgesucht und ihm angekündigt, dass er samt Kabi-

nett nach nur 13 Monaten „unwiderruflich“ zurücktreten werde. Giorgio Napolitano drückte dafür sein „Verständnis“ aus. Nur ein Sparpaket für die wirtschaftliche Stabilität des Landes will Monti noch durch das Parlament bringen, voraussichtlich in dieser Woche. „Dies ist der Bericht dramatischer Stunden im Leben unseres Landes“, schrieb der Chefredakteur der italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera“, Ferruccio de Bortoli, am Sonntag. „So stirbt eine Regierung. Am Tag der Immacolata, bei geschlossenen Börsen, aber einer hellwachen internationalen Gemeinschaft, die nicht begreifen kann, und das wird uns teuer zu stehen kommen.“ Walter Veltroni, früher Chef der Demokratischen Partei (PD), legte noch nach: „Das unverantwortliche Verhalten Berlusconi reißt unser Land in eine höchst gefährliche Krise. Er will Italien zerstören.“ Er warnt das Mit-

rechts-Lager davor, „in seine Falle zu treten“. Auslöser für Montis spontane Entscheidung waren die Ereignisse der vergangenen Tage gewesen, vor allem das unerwartete Vorpreschen seines Vorgängers Silvio Berlusconi, dessen Abgeordnete der Partei Volk der Freiheit (PDL) der Regierung unerwartet das Vertrauen bei zwei parlamentarischen Abstimmungen entzogen hatten. Parteilose Beppe Grillo macht. Monti hat Berlusconi Spiel jedenfalls nicht mitgemacht und gezeigt, dass er nicht sein Punchingball ist. „Ist also der angekündigte Rücktritt Montis politische Taktik? Immerhin zwingt Monti den soeben selbst gekürten Kandidaten Berlusconi in die Verantwortung: Für negative Auswirkungen müsste er dann den Kopf hinhalten, das könnte ihn viele Wählerstimmen kosten. „Wohin das führt, weiß keiner“, sagte Secchi. „Das rechte Lager befindet sich in Auflösung.“

Mursi gibt nach – und bleibt doch unnachgiebig

Umstrittenes Dekret des ägyptischen Präsidenten zurückgezogen. Verfassungsreferendum am Samstag

■ Die Armee warnt vor Rückfall des Landes ins Chaos. Aber an wen richtet sich die Drohung?

AMIRA EL AHL
KAIRO

Präsident Mohammed Mursi umstrittenes Verfassungsdekret, das ihm weitreichende Machtbefugnisse sicherte, ist aufgehoben worden. Das teilte der islamistische Politiker Mohammed al-Awa mit. Al-Awa war einer von 40 Teilnehmern des von Mursi zusammengeschlossenen Gremiums, das in einer neunstündigen Sitzung über die politische Krise beraten hatte. Das Gremium entschied jedoch, dass nur das Dekret, nicht aber das für kommenden Samstag angesetzte Referendum über den umstrittenen Verfassungsentwurf annulliert wird. Sollte eine Mehrheit der stimmberechtigten Ägypter gegen die Annahme der neuen Verfassung stimmen, werde innerhalb von drei Monaten eine neue verfassungsgebende Versammlung einberufen, die innerhalb von sechs Monaten einen neuen Verfassungsentwurf erarbeiten müsste, erklärte al-Awa.

Die Marathon-Krisensitzung war von der Nationalen Rettungsfrente boykottiert worden, die sich nach Erlass der Dekrete aus mehreren liberalen Parteien zusammenschloss. Geführt wird die Organisation von Mohammed al-Baradei, Ex-Vorsitzender der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), dem ehemaligen Chef der Arabischen Liga, Amr Mussa, und dem linken Politiker Hamdeen Sabahi. Sie hatten von Mursi nicht nur die Rücknahme des Dekrets, sondern auch die Verschiebung des Referendums und die Änderung des Verfassungsentwurfs gefordert. Sie wollen nun den Druck auf den Präsidenten erhöhen. Zwar erscheint die Annullierung des Dekrets wie ein Entgegenkommen, doch in Wirklichkeit hat der Präsident seine Ziele längst erreicht. So konnte das verfassungsgebende Gremium seine Arbeit beenden, obwohl alle liberalen Kräfte, Frauen- und Menschenrechtsaktivisten sowie die Koptische Kirche die Versammlung unter Protest verlassen hatten. Übrig blieben 86 Islamisten, die im Eiltempo alle strittigen Punkte verabschiedeten. Auch sein Versprechen, das Dokument erst zur Abstimmung zu geben, wenn ein nationaler Konsens er-

reicht ist, hat Mursi nicht gehalten. Der Präsident und seine Anhänger ziehen die Volksabstimmung vielmehr gegen allen populären Widerstand so schnell wie möglich durch. Das Land ist heute so gespalten wie nie zuvor. Hinzu kommt, dass in der Kürze der Zeit – Auslandsägypter wählen sogar schon am Mittwoch – kaum jemand die Möglichkeit haben wird, den Verfassungsentwurf komplett einzusehen und in seiner Tragweite zu verstehen. Ein Drittel der Bevölkerung kann weder lesen noch schreiben, für Aufklärungskampagnen bleibt keine Zeit. Hier liegt der große Vorteil für die Islamisten: Sie besitzen die beste Organisationsstruktur im Land und können in kürzester Zeit ihre Anhänger mobilisieren. Und schließlich behält der umstrittene, von Mursi neu ernannte Oberstaatsanwalt sein Amt. Die Opposition hat derweil zu neuen Demonstrationen aufgerufen. Am Wochenende zogen wieder Hunderttausende Ägypter vor den Präsidentenpalast, und auch im Rest des Landes ging die Opposition auf die Straßen. Demonstranten in mehreren Städten riefen ihre Unabhängigkeit von den Machthabern in Kairo aus. Zumindest psychologisch waren das wichtige Signale für die Opposition in Kairo. Doch die Islamisten zeigen sich unbeeindruckt. Khairat al-Schater, Vizechef der Muslimbruderschaft, bezeichnete die Demonstranten als gefährliche Saboteure: „Wir werden es nicht erlauben, dass die Revolution noch einmal gestohlen wird.“ Ali Abdel Fatah, führendes Mitglied der Muslimbrüder, sagte der Online-Ausgabe der Zeitung „Al-Ahram“: „Für den Durchschnittsägypter ist es nicht wichtig, was in der Verfassung steht. Wesentlich wichtiger ist ihm Stabilität.“ Der Salafisten-Prediger Hazem Abu Ismail hat den Demonstranten vor

„Monti hat sich der PDL und der Arroganz Berlusconi ausgeliefert“

Leoluca Orlando,
Sprecher der Partei Italien der Werte

Die wachsende Unzufriedenheit der Italiener über ihr schrumpfendes Budget schien für Berlusconi der gefundene Wahlkampfstoff. Doch die Rechnung scheint nicht aufzugehen. Da half es auch nichts, dass er sein Comeback diesmal bescheidener angekündigt hatte – nicht wie früher als Videobotschaft an das Volk aus einem mit Goldbrotat dekorierten Studio, sondern am Rande des Trainingslagers seines Fußballklubs AC Mailand in Milanello bei Mailand. Er stelle seine Kandidatur „aus Verzweiflung in den Dienst des Landes“, erklärte Berlusconi feierlich. „Du kommst aus Verzweiflung zurück? Unsere Verzweiflung darüber ist noch viel größer“, frotzelte nur wenige Stunden später ein Italiener über den Kurznachrichtendienst Twitter unter dem Motto „#iononlovo-to“, (zu Deutsch: „Ich wähle ihn nicht“). Eine andere Begründung lautete: „Weil ich meine Familie liebe.“ Oder: „Weil allein die Kandidatur beschämend ist, so wie auch die Person. Wehe dem, der den jahrelangen Horror vergisst.“ Ein anderer schrieb: „Der Rattenfänger ist zurück: Er wird euch die Immobiliensteuer nehmen, ein paar Witze erzählen, und ihr werdet ihn wieder wählen.“

„So dumm sind die Italiener nicht“, sagte der Chefredakteur der konservativen römischen Tageszeitung „Il Tempo“, Mario Secchi, der „Welt“. „Sie wissen schließlich, dass ihr Land zwei Billionen Euro Schulden hat und die Monti-Politik der Preis dafür ist. Berlusconi wollte die Unzufriedenheit der Italiener über die Sparmaßnahmen der Regierung Monti als As in der Wahlkampagne ausspielen. Aber das ist populistische Politik, die bei uns schon der Komiker Beppe Grillo macht. Monti hat Berlusconi Spiel jedenfalls nicht mitgemacht und gezeigt, dass er nicht sein Punchingball ist. „Ist also der angekündigte Rücktritt Montis politische Taktik? Immerhin zwingt Monti den soeben selbst gekürten Kandidaten Berlusconi in die Verantwortung: Für negative Auswirkungen müsste er dann den Kopf hinhalten, das könnte ihn viele Wählerstimmen kosten. „Wohin das führt, weiß keiner“, sagte Secchi. „Das rechte Lager befindet sich in Auflösung.“

Sollte Monti kandidieren, könnte er viele Mitglieder der PDL auf seine Seite in ein liberales Lager ziehen.“ Ursprünglich hatte Monti ausgeschlossen, nach dem Ende der Amtszeit seiner Übergangsregierung selbst zu kandidieren. Monti Ende als technokratischer Premier könnte auch sein Anfang als Politiker sein. Das vermutet auch Berlusconi selbst, der gegenüber Vertrauten noch Samstagabend gewettert haben soll: „Er stellt uns an die Wand. Er hat wahrscheinlich beschlossen, selbst zu kandidieren. Dann wird es eben ein Kampf zwischen mir und ihm“, wie die Tageszeitung „La Repubblica“ am Sonntag berichtete.

Auch Leoluca Orlando, Sprecher der Partei Italien der Werte (IDV), die Berlusconi Politik traditionell ablehnt, vermutet eine Kandidatur Montis: „Allein die Tatsache, dass offen darüber diskutiert wird, lässt darauf schließen, dass er in der politischen Mühle gelandet ist. Der Fehler war, dass Monti zu lange regiert hat. Eine Technokratenregierung sollte nie länger als sechs Monate oder ein Jahr dauern, die Zeit, die man für radikale Maßnahmen braucht“, sagte Orlando der „Welt“. Eine mögliche Kandidatur Mario Montis habe dank seiner internationalen Erfahrung eine große Chance gehabt, aber seine Regierung habe Rücksicht auf die Wünsche der Parteien nehmen müssen, die ihn im Parlament unterstützten. „Zum Schluss musste er sich dem Willen dieser Parteien beugen“, sagte Orlando. „Damit hat er sich der PDL und der Arroganz Berlusconi ausgeliefert, der seine Politik nur im persönlichen Interesse betreibt.“

DIE GEGNER

Silvio Berlusconi war vor 13 Monaten als Regierungschef abgetreten – im Parlament ohne Mehrheit und bedrängt von Affären und Prozessen. Der 76-Jährige hat vor allem noch den sogenannten Ruby-Prozess am Hals, in dem es um Sex mit minderjährigen Prostituierten und Amtsmissbrauch geht. Angefangen hatte der Sohn eines Bankangestellten als Entertainer auf Kreuzfahrtschiffen, später brachte es der studierte Jurist zu einem Milliardenvermögen. Berlusconi hat nahezu zwei Jahrzehnte lang Italien politisch geprägt: 3340 Tage hat er im Regierungspalast verbracht, alles in allem so lange wie kein anderer in der Geschichte der italienischen Republik.

Mario Monti gilt als Anti-Berlusconi. Der schmale Grauhaarige steht für Wirtschafts- und Finanzexpertise, für Bildung gute Manieren und wenig Lärm. Parteipolitische Machtspiele seien dem internationalen geachteten Akademiker ein Graus, heißt es. 1943 im norditalienischen Varese geboren, studierte der parteilose Monti in Mailand und an der renommierten Yale University im US-Bundesstaat Connecticut. Als Professor arbeitete er in Mailand, Trient und Turin, von 1995 bis 2004 bei der EU. Als Wettbewerbskommissar erhielt er den Ruf, keinem Konflikt aus dem Weg zu gehen, und den Beinamen „Super-Mario“. Der 69-Jährige hat zwei Kinder. *dpa*

„Wir werden nicht erlauben, dass die Revolution noch einmal gestohlen wird“

Khairat al-Schater,
Vizechef der Muslimbrüder